Morgen-Ausgabe
No. 65. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Sonnabend, 8. Februar 1908

Deutscher Reichstag.

97. Sitzung vom 7. Februar.

(Schluß.)

Abg. Graf **v. Schwerin-Löwitz** (kons.): Gegenüber der Erklärung der Regierung beschränke ich mich darauf hinzuweisen, daß auch wir uns auf den Boden des erwähnten Antrages zurückziehen. Wir erkennen den Bundesrat als gleichberechtigten Faktor neben dem Reichstag an und wollen deshalb auch keine nutzlose Demonstration treiben und die Zuckerkonvention nicht unmöglich machen. Wir werden deshalb für den Antrag stimmen und legen keinen Wert mehr auf die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Dr. **Spahn** (Ztr. schwer verständlich): Wir werden für die drei Zuckerabkommen stimmen. Anders steht es mit dem Antrag. Ich meine, wir sollten keine Verpflichtungen übernehmen, die wir nicht übersehen können. Wir wissen noch nicht, welche Konsequenzen die Herabsetzung der Zuckersteuer haben wird. Der Antrag gibt ja auch nichts Bestimmtes. Wenn keine neuen Steuern bewilligt werden, bleibt alles beim alten.

Abg. Dr. **Paasche** (natl.): Ich habe im Namen meiner Partei nur folgendes kurz zu erklären. Wir haben in der Kommission zwar für den Antrag Schwerin gestimmt, wollen aber es jetzt nicht zu einem Konflikt zwischen Reichstag und Regierung kommen lassen und werden deshalb für den Kompromißantrag stimmen.

Abg. Dr. **Wiemer** (fr. Vp.): Vor allem muß die Zusatzakte der Konvention gesichert werden. Es darf nicht wieder zu Zuständen kommen, die vor der Brüsseler Konvention herrschten. Die alte Prämienwirtschaft darf nicht wiederkehren. Durch den Kompromißantrag wird eine gesetzliche Gewähr dafür geboten, daß die Wünsche, die wir in unserem Antrag ausgesprochen haben, erfüllt werden. Deshalb werden wir mit Genugtuung für den Antrag stimmen.

Abg. Dr. **Südekum** (soz.): Für den Kompromißantrag können wir nicht stimmen, annehmbar ist für uns nur der erste Teil, der die Herabsetzung der Zuckersteuer festsetzt. Der zweite Teil ist für uns unannehmbar, da er eine größere Deckung verlangt, als der Ausfall an Zuckersteuer ausmachen wird.

Abg. **v. Oertzen** (Rp.) erklärt, daß er sowohl für die ersten drei Verträge als auch für den Kompromißantrag stimmen werde.

Abg. **Schweickhardt** (deutsche Vp.) tritt gleichfalls für den Kompromißantrag ein, ebenfalls Abg. **Vogt-Hall** (wirtsch. Vg.) und Abg. **v. Grabski** (Pole).

Abg. Graf **v. Schwerin-Löwitz** wendet sich gegen den Abg. Dr. Spahn. Die Leute, die heute gegen den Kompromißantrag stimmten, verteuerten den Zucker um mehr, als die bösen Agrarier seinerzeit das Brod verteuert haben sollten.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Dr. Spahn schließt die Diskussion.

Die drei Zuckervorlagen werden einstimmig angenommen.

Abg. **Singer** (soz.) beantragt, in dem Kompromißantrage die Worte „sofern bis zum Ende" zu streichen.

Abg. **v. Normann** (kons.) erklärt dies für unzulässig; nach der Geschäftsordnung dürfe eine Teilung eines Antrags nicht vorgenommen werden.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird jedoch mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Polen und der Freisinnigen der Antrag Singer zwar für zulässig erklärt, er wird jedoch abgelehnt, da der ganze Block dagegen ist.

Der unveränderte Kompromißantrag wird hierauf mit 205 gegen 112 Stimmen angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Sodann setzt das Haus

die zweite Beratung des Militäretats

fort. Zunächst wird namentlich abgestimmt über den Antrag Ehrhart und Genossen (kons.), der die von der Kommission beschlossenen Abstriche an dem Aggregiertenfonds wieder beseitigt und für 190 Stellen 400,000 Mark bewilligen will.

Der Antrag wird mit 171 gegen 142 Stimmen angenommen, 2 Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung. Für den Antrag stimmt der Block mit Ausnahme einiger Freisinnigen, darunter Raumann, Dr. Neumann-Hofer, Dr. Potthoff, Dr. Doyen und andere.

Entsprechend den Konsequenzen des angenommenen Antrages Ehrhart und Genossen (kons.), der die von der Kommission beschlossenen Abstriche an dem sächsischen und württembergischen Etat die Abstriche an dem Aggregiertenfonds wieder beseitigt.

Beim Titel „Gefechts- und Schießübungen" macht Abg. Leser (Ztr.) auf die große Tragweite der modernen Geschosse aufmerksam und wünscht deshalb, daß man sich bei solchen Schießübungen vorher mit den beteiligten Gemeinden ins Einvernehmen setze, damit Schädigungen vermieden würden. Viele Gelände seien übrigens für solche Uebungen zu klein, es sei sogar vorgekommen, daß öffentliche Wege wochenlang für den Verkehr gesperrt werden. Schießübungen sollten deshalb nicht in verkehrsreichen Gegenden abgehalten werden.

Abg. **Wetzel** (natl.) schließt sich unter besonderer Bezugnahme auf württembergische Verhältnisse den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. **Hildenbrand** (soz.): Wenn wir Sozialdemokraten Wahlrechtsdemonstrationen veranstalten, dann ist man gleich bei der Hand, von Interessen des Verkehrs zu sprechen. Möge nur die Militärverwaltung mehr Rücksicht auf den öffentlichen Verkehr nehmen. Wozu hat denn der Reichstag die Mittel für die großen Schießplätze bewilligt, wenn doch noch fortwährend die Straßen gesperrt werden? Mögen die Scharfschießen auf den Truppenübungsplätzen stattfinden! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Württembergischer Oberst **v. Dorrer**: Die Berechtigung der Beschwerde ist ohne weiteres zuzugeben. Die betreffenden Gemeinden hätten aber besser daran getan, schon vorher Vorstellungen zu erheben, die sicher nach Möglichkeit beachtet worden wären. — Die Heeresverwaltung ist dankbar für jede Kritik, welche mit Tatsachen und nicht mit Entstellungen arbeitet. Dem Abgeordneten Hilbenbrand bemerke ich, daß die Heeresverwaltung auf das sogenannte Geländeschießen nicht ganz verzichten kann, aber selbstredend sorgsam und nach bester Möglichkeit jede Belästigung des Publikums und jede Störung des Verkehrs vermeidet. (Beifall.)

Abg. **Haußmann** (südd. Vp.) begrüßt die entgegenkommende Erklärung des Vorredners. Immerhin scheint aus der Erklärung hervorzugehen, daß die bisherigen Uebungsplätze nicht ausreichen. Ich weise daher auf Petitionen aus Baden und Hohenzollern hin, welche wünschen, daß Schießplätzen in den dortigen Gegenden wünschen. Das Anlage von Schießplätzen in den dortigen Gegenden wünschen. Das würde auch zur Entlastung der württembergischen Gelände beitragen. (Beifall links.)

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Hildenbrand (soz.) schließt die Debatte. Der Titel wird bewilligt, ebenso debattelos eine Reihe weiterer Titel.

Beim Titel „Unterhaltung der Maga zinanlagen" regt Abg. **Köhler** (wirtsch. Vg.) die Errichtung von Feldschennen an.

General **v. Lochow** bezeichnet den Vorschlag als unangängig.

Abg. **Erzberger** (Ztr.) bittet die Heeresverwaltung, sich mit den ländlichen Genossenschaften mehr als bisher beim Einkauf des Proviants in Verbindung zu setzen.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Bekleidungsämter" ersucht

Abg. **Stücklen** (soz.) die Heeresverwaltung, ihren Bedarf von Firmen zu beziehen, welche ausreichende und nicht hinter den Tarifsätzen zurückbleibende Löhne zahlen. Die Heeresverwaltung setzt sich mit Handwerkerkammern und Innungen in Verbindung; an Arbeiterorganisationen wendet sie sich grundsätzlich nicht. — Das Kriegsministerium hat sich ausdrücklich geweigert, zu erklären, was es unter „ortsüblichem Tagelohn" versteht. — Die Heeresverwaltung ist vielfach zur Eigenproduktion übergegangen. Dagegen ist nichts einzuwenden. Hygienisch betrachtet, sind diese Werkstätten tadellos. Aber die Arbeitsordnungen, die in diesen — wohlverstanden, mit Zivilarbeitern besetzten — Werkstätten herrschen, scheinen direkt von Gefängnisordnungen abgeschrieben zu sein. Namentlich wird dort eine arge politische Gesinnungsschnüffelei getrieben. Auch der Austritt aus den Gewerkschaften wird von den dort beschäftigten Arbeitern gefordert. Das Koalitionsrecht ist durch Reichsgesetz garantiert, dieses Recht sollte doch an erster Stelle von den Reichsbehörden geachtet werden. Keineswegs aber dürften Maßregelungen durch Reichsbehörden vorkommen, wie sie leider an der Tagesordnung sind. Redner kritisiert dann noch die Arbeitsordnung an den Bekleidungsämtern aufs abfälligste. Gegen die Arbeiter geht man aufs rigoroseste vor, sie werden wegen jeder Kleinigkeit entlassen, auch wenn sie sich nur während der Frühstückspause unterhalten. Die Vorsitzenden dürfen sich alles erlauben. So war ein Feldwebel Versicherungsagent und sammelte ruhig seine Gelder während der Arbeitsstunden ein. Bei den Wahlen wurden sogar Flugblätter für den Nationalliberalen angeschlagen, und die Feldwebel forderten auf, den Nationalliberalen zu wählen.

Generalmajor **v. Lochow**: Die Militärverwaltung zahlt ihren Arbeitern die ortsüblichen Löhne, doch kann sie nicht untersuchen, ob auch von ihren Lieferanten ortsübliche Löhne gezahlt werden. Dazu fehlt es ihr bei dem großen Apparat der Heeresverwaltung an jeder Handhabe. Herr Stücklen hatte viel zu tadeln, aber eine sozialdemokratische Zeitung, das „Hamburger Echo", stellte fest, daß das Bekleidungsamt in Altona vielen privaten Betrieben zum Muster gedient hätte. Wenn die Arbeiter Klagen vorzubringen haben, dann sollen sie sich beschweren. Ihre Beschwerden werden sorgfältig geprüft werden. Bei beiderseitigem Vertrauen wird Friede in den Arbeitsstätten herrschen. Aber den Sozialdemokraten scheint es nicht um den Frieden zu tun zu sein. Die Arbeiter haben in allen Betrieben einen guten Lohn, dank den Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen und den Entgegenkommen der Offiziere. Gegen die Agitatoren mußte eingeschritten werden, denn die Arbeiter sind oft sogar unter Androhung von Prügeln gezwungen worden, den Gewerkschaften beizutreten. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Darüber haben sich die Arbeiter selbst beschwert, erst dadurch ist dies zur Kenntnis der Offiziere gekommen. Auf alle Punkte der Arbeitsordnung kann ich nicht eingehen. Die Arbeitsordnung wird durchaus den berechtigten Anforderungen der Arbeiter gerecht. Gegen die Heyer müssen wir allerdings einschreiten.

Abg. **Göring** (Ztr.) tritt für eine Aufbesserung der Beamten an den Bekleidungsämtern ein und wünscht, daß die Militärverwaltung mehr als bisher die Innungen und Genossenschaften der Handwerker mit Lieferungen bedenkt.

Abg. **Stücklen** bleibt dabei, daß man Arbeiter nicht entlassen dürfe, weil sie Gewerkschaften angehörten.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Garnisonverwaltung und Serviswesen" wünscht Abg. **v. Gerdorff** (Rp.) eine kleine Garnison für seinen Wahlkreis und höhere Flurschadenentschädigung.

Abg. **Rupp** (kons.) verlangt eine schnellere Abwickelung der Schadenabschätzungsgeschäfte nach den Manövern.

Generalmajor **v. Lochow** sagt wohlwollende Berücksichtigung dieses Wunsches zu.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Militärmedizinalwesen" befürwortet Abg. **Sommer** (fr. Vp.) eine Besserstellung der Korpsapotheker.

Generalleutnant **Sixt v. Armin** erwidert, daß er hierüber keine bestimmte Erklärung abgeben könne.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso eine Reihe weiterer Kapitel.

Beim Kapitel „Pferdebeschaffung" wünscht Abg. **Rogalla v. Bieberstein** (kons.) eine Erhöhung der Remontepreise.

Abg. **Wachhorst de Wente** (natl.) wünscht, daß auch die Pferde aus der Gestütgegend in Hannover beim Remonteverkauf berücksichtigt würden.

Abg. Dr. **Varenhorst** (Reichsp.) pflichtet ihm bei und weist auf den Wert hin, den die Pferdezucht für die Kavallerie habe. Der Bauernsohn nehme die Liebe zum Pferde schon mit der Muttermilch zu sich. (Heiterkeit.) Hannover sei stolz darauf, daß es das springende Pferd im Wappen trage, und daß der Kriegsminister aus einem hannoverschen Regiment hervorgegangen sei.

Abg. **Böhle** (soz.) klagt darüber, daß in Straßburg Krümperfuhrwerke den Zivilfuhrleuten Konkurrenz machten.

Abg. Dr. **Hahn** (B. d. L.) wünscht für das nächste Jahr eine weitere Erhöhung der Remontepreise und eine größere Berücksichtigung Hannovers.

Generalleutnant **Sixt v. Armin** erwidert, daß die Heeresverwaltung das Remontewesen mit dem lebhaftesten Interesse verfolge und nach Möglichkeit den hier vorgetragenen Wünschen Rechnung tragen werde. Ueber den Mißbrauch von Krümperfuhrwerken möge man sich an zuständiger Stelle beschweren.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso nach unwesentlicher Debatte einige weitere Kapitel.

Angenommen wird eine Resolution der Kommission, die eine größere Spezialisierung der Reisegebührnisse, Umzugskosten, Vorspann- und Transportkosten fordert.

Beim Kapitel „Militärerziehungswesen" macht Abg. **Eickhoff** (fr. Vp.) darauf aufmerksam, daß in der Besoldung der Lehrer bei den militärischen Erziehungsanstalten vielfache Ungleichheiten herrschen, und wünscht, daß diese bei der Beamtenvorlage ausgeglichen würden.

Generalleutnant Sixt v. Armin sagt Berücksichtigung dieses Wunsches zu.

Abg. **Kuno** (fr. Vp.) weist darauf hin, daß von den Schülern der höheren Lehranstalten 60 bis 80 Prozent dienstuntauglich seien. Dieser höchst bedauerlichen Erscheinung solle die Heeresverwaltung ihre Aufmerksamkeit schenken, sie solle Fühlung mit der deutschen Turnerschaft und dem Zentralausschuß für Volks- und Jugendspiele nehmen und solle sich um die Art des Turnunterrichts an den höheren Schulen kümmern. Trotz dieses schlechten Gesundheitszustandes der Bevölkerung gehe man daran, die Lunge der Hauptstadt Berlin, den Grunewald, zu verkleinern.

Generalleutnant **Sixt v. Armin** erwidert, daß die Militärverwaltung dauernd in Fühlung stehe mit dem Kultusministerium und vielen Körperschaften, die sich der körperlichen Jugenderziehung widmen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr. (Dritte Lesung der Zuckervorlage. Fortsetzung der heutigen Beratung und Postetat.)

Schluß 7 Uhr.

Aus dem Berliner Kaufmannsgericht.

Der entlassene „Friedensstifter". Daß es auch im geschäftlichen Leben eine heikle Sache ist, sich in fremde Händel zu mischen, sollte zu seinem eigenen Schaden der Verkäufer Paul L. erfahren, der vor der II. Kammer des Kaufmannsgerichts gegen das Konfektionsgeschäft von C. u. S. auf Zahlung von 173 Mark Restgehalt klagte. L. war entlassen worden, weil er den Ingenieur F. geschlagen und derart gegen eine Tür gestoßen hatte, daß dieser in einen in der Nähe stehenden Schrank hineinfiel. Der Kläger gibt als Grund seiner Handlungsweise an, daß nicht er, sondern F. die Veranlassung dazu gegeben habe. Er sei zufällig Augenzeuge gewesen, wie F. mit einer weiblichen Mitangestellten in einen Streit geraten war, der zu einer kleinen Schlägerei auszuarten drohte. Um weitere Folgen des Skandals zu verhindern, wollte er den Streit schlichten; er sei zu diesem Zwecke zwischen die sich Zankenden getreten. Er habe dann die Kollegin gegen den männlichen Mitangestellten in Schutz genommen. Handgreiflich will er jedoch erst geworden sein, als F. in brüsker Weise gegen ihn Stellung nahm. Die Behauptungen des Klägers fanden ihre Widerlegung durch Zeugen, die bekundeten, daß L. sich in provokatorischer Weise in die einen harmlosen Charakter tragende Zänkerei der beiden Angestellten mischte und den schwächlichen F. in recht brutaler Weise zweimal gegen die Tür schleuderte, obgleich F. sich gar nicht zur Wehr gesetzt hatte. Das Kaufmannsgericht entschied, daß die Entlassung des Klägers zu recht erfolgt, und daß L. deshalb mit seinem Anspruch abzuweisen sei. Nach der Beweisaufnahme unterliege es keinem Zweifel, daß der Kläger sich gröblich gegen die Geschäftsdisziplin vergangen habe.

Die neue Staatsbibliothek.

Genau vor siebzig Jahren war bereits der Neubau unserer Staatsbibliothek beschlossen und Schinkel mit dem Entwurf betraut. Wie so mancher andere Entwurf des großen Architekten blieb auch dieser auf dem Papier. Jetzt geht das gewaltige, vom Geheimen Oberhofbaurat v. Ihne herstammende Bauwerk auf dem ehemaligen Akademieviertel seiner Vollendung entgegen und wird, zum Teil wenigstens, nach den Mitteilungen des „Zentralblattes für das Bibliothekwesen" noch im Herbste dieses Jahres seiner Bestimmung übergeben werden. Nächst dem Schlosse und dem Reichstag wird die neue Bibliothek das umfangreichste und kostspieligste Gebäude in der Reichshauptstadt sein. Die Gesamtbaufläche beträgt nämlich nahezu achtzehntausend Quadratmeter, und die Gesamtkosten sind mit etwa 22 Millionen Mark veranschlagt, die sich fast zu gleichen Teilen auf den Erwerb der Grundstücke und auf die Bauausführung verteilen.

Außer der großen Staatsbücherei in dem Friedrichstadtischen Bau, im Volksmunde „die Kommode" genannt, werden in dem Neubau noch die Universitätsbibliothek und die Akademie der Wissenschaften mit ihren Büchern und sonstigen Sammlungen dauernde Unterkunft finden. Ferner soll auch das Orientalische Seminar bis auf weiteres dorthin verlegt werden. Das ungeheure Bauterrain, ein längliches Viereck, wird indessen zum weitaus größten Teile für die Zwecke der eigentlichen Staatsbibliothek in Anspruch genommen werden. Nach Vollendung des Baues im Jahre 1911 wird die Bibliothek von den Linden aus durch den Haupteingang gegenüber dem Friedrichs-Denkmal zugänglich sein. In der Längsachse befinden sich dann im ersten Geschosse der große Lesesaal und die Vorhalle, die zusammen mit der entsprechenden Treppenanlage das monumentale architektonische Kernstück des Ganzen bilden werden.

Durch die elf Meter hohe Eingangshalle gelangt man in den großen Lesesaal, der für 360 Sitze Raum hat. Er hat die Form eines Kuppelbaues von 35 Meter Höhe mit acht vorspringenden Pfeilern, die ebenso viele Nischen bilden. Hier in diesen Nischen kommt die sogenannte Handbibliothek in einer eigenartig sinnreichen Konstruktion zur Aufstellung. Die in der Höhe des zweiten Hauptgeschosses umlaufende Gallerie bleibt leer, an den Rückflächen werden keine Bücher aufgestellt. Wohl aber wird man von hier oben aus die Leser in dem Saale selbst wirksam beobachten können, während die Besucher der Bibliothek und ihrer Kostbarkeiten einen freien Blick über den imponierenden Raum und über das großartige Getriebe haben werden. Unmittelbar über dieser Galerie sind die sieben Fenster angebracht, die dem Lesesaal die erforderliche Helle geben, ferner wird in den Scheitel der Kuppel ein Oberlicht eingelassen. Außer diesem großen Lesesaal sind auf derselben Geschoßebene noch ein Reservesaal für 150 Personen, ferner sind besondere Zimmer für Gelehrte und der Zeitschriftenlesesaal, ebenfalls für 150 Personen, vorgesehen.

Im zweiten Obergeschoß sollen alle Sondersammlungen aufgestellt werden, nämlich die schon vorhandene außerordentlich reichhaltige Musiksammlung, zu der noch später die „Deutsche Musiksammlung" hinzukommen wird. Diese musikalische Abteilung erhält mehrere Arbeitszimmer, einen Leseraum, einen durch drei Büchergeschosse gehenden, durch Aufstockung zu erweiternden Speicher. Angrenzend hieran wird die Kartensammlung untergebracht; auch hier ist ein kleineres Lesezimmer vorgesehen. Diesen beiden Abteilungen gegenüber befindet sich die Handschriftensammlung. Der eigentliche Benutzungsraum soll besonders hell und stattlich ausgestattet werden. Vor und hinter diesem Arbeitssaal werden Ausstellungsräume für besondere handschriftliche Kostbarkeiten den Besuchern der Bibliothek zugänglich sein. Dem kostbaren Inhalte entsprechend sollen die Räume monumental ausgestattet werden. Der eigentliche Speicher geht durch vier Geschosse mit Bücherregalen von rund 1000 Meter Ansichtsfläche.

In ähnlicher, nicht magazinmäßiger Aufstellung ist auch die Abteilung für Inkunabeln (Frühdrucke) und andere Seltenheiten durchgebildet. Die in der Nähe gelegenen Schau-Säle bieten zu ständigen und wechselnden Ausstellungen aus diesen und den Handschriftenschätzen geeignete Räumlichkeiten dar. Im ganzen gliedert sich das Gebäude der Höhe nach in dreizehn Büchergeschosse. Außer den Hauptspeichern in den oberen Geschossen sind noch an verschiedenen Stellen Räume für Bücheraufstellungen verfügbar, namentlich unter dem großen Lesesaal und im Kellergeschosse. Die Aufnahmefähigkeit aller Räume ist auf fünf Millionen Bände berechnet.

In die Universitätsbibliothek wird man von der Dorotheenstraße aus durch einen gleichfalls monumental ausgestatteten Eingang gelangen. Sie hat ihre eigenen Katalogs- und Verwaltungsräume, einen eigenen Zeitschriften- und Lesesaal. Hier sind 300 Benutzerplätze vorgesehen. Der Saal selbst ist ein Rechteck von vierzig Meter Länge, zwanzig Meter Breite und ebensoviel Höhe. An den Langseiten springen je zwei Mittel- und Eckpfeiler in den Raum hinein. Zu ebener Erde werden 20,000, auf den oberen Galerien 30,000 Bände aufgestellt werden.

Daß für die Aufrechterhaltung und für die glatte Abwickelung des gewaltigen Bibliotheksbetriebes die denkbar besten und zweckmäßigsten Anordnungen ausgesonnen sind, daß für die Arbeiten der Bibliothekare, für die Aufstellung der Kataloge, für die bequeme Heranschaffung der für die Benutzung in den Lesesälen gewünschten Bücher, ferner für eine genügende Lufterneuerung in den großen Lesesälen hinreichend gesorgt ist, bedarf keiner ausdrücklichen Erwähnung. Wohl aber ist bemerkenswert, daß ein Arzt dauernd in der Bibliothek stationiert sein wird. Auch sonst soll für das leibliche Wohl der Leser durch geeignet eingerichtete Erfrischungsräume gesorgt werden. Wenige ein freundlicher Verwaltungsstern über diesen neuen Bibliothekshain leuchten und sich so der alte Spruch bewähren: Was lange währt, wird gut. Lange genug hat es gedauert, bis endlich der Neubau in die Wege geleitet werden konnte; hoffentlich wird er auch für alle Teile zu voller Befriedigung ausfallen und unserem Staate wie unserer Hauptstadt zu einer wirklichen bleibenden Zierde gereichen.

J. K.

Markthallen-Wanderung.

[Nachdruck verboten.]

Der Fleischengrosmarkt in der Zentralmarkthalle erhielt in der verflossenen Woche reichliche Zufuhr. Der Geschäftsgang blieb bei vorwöchigen Preisen ruhig; für Schweinefleisch zogen die Preise jedoch weiter etwas an. Nach Veröffentlichungen des Statistischen Amts wurde im dritten Vierteljahr des Vorjahres die Fleischschau im Deutschen Reiche vorgenommen an etwas über 27,000 Pferden und anderen Einhufern, 147,000 Ochsen, 121,000 Bullen und rund 408,000 Kühen, 278,000 Jungrindern, an fast 2 Millionen Kälbern, 4 Millionen Schweinen, 800,000 Schafen und 40,000 Ziegen, wonach auf den Kopf der Bevölkerung etwa 25 Pfund Fleisch kommt. Von Schweinefleisch entfällt im verflossenen Jahre auf die Zeit von Juli bis September pro Kopf rund 15 Pfund, womit der Konsum gegen früher um 3½ Pfund pro Kopf zurückging. Der Gesamtverbrauch an inländischem Fleische nahm im Jahre 1906/07 gegen denjenigen in 1905/06 pro Kopf um zirka 2 Pfund zu, blieb aber trotzdem hinter dem in 1904/05 um etwa 2½ Pfund zurück.

Die Berechnung durch Gegenüberstellung der Durchschnittspreise aus 1903/07 ergibt, daß der Preis des Doppelzentners Kalbfleisch um 23⅓ Prozent von Rindfleisch um 21½ Prozent, von Hammelfleisch um 21 Prozent stieg. Dasselbe Ergebnis wird für dieselbe Zeit durch die Kalkulation aus den Rinder- und Schweinepreisen erbracht. Den